

5823/J XX.GP

DRINGLICHE ANFRAGE
gemäß § 93 Abs. 1 GOG

der Abgeordneten Volker Kier, Maria Schaffenrath und PartnerInnen

an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

betreffend Fehlstart für "NEW START":

**Debakel der großkoalitionären Beschäftigungspolitik aufgrund jahrelanger
Verschleierung von Strukturdefiziten Im Arbeitsmarktservice**

Erst vor wenigen Tagen wurden in der Öffentlichkeit Existenz und Inhalt der "BVS - Analyse" des AMS Arbeitsmarktservice Österreich bekannt. Die dafür beauftragte St. Gallerer Consulting - Firma "Fokus" äußert in der fast 200 Seiten starken Studie schwere Kritik an der Organisationsstruktur, der Effizienz, aber auch der politischen Abhängigkeit des AMS und rät zu einer grundlegenden Reorganisation der Arbeitsmarktverwaltung. Damit legt die unabhängige Schweizer Consultinggruppe erstmals detailliert jene Schwächen bloß, die in den vergangenen Monaten zu heftigen, öffentlich geführten Auseinandersetzungen geführt hatten. Während die Schweizer Studie jedoch vor allem strukturelle Defizite offenlegt, haben die Regierungsparteien, allen voran Bundeskanzler, Sozialministerin, aber auch der Wiener Landeshauptmann sich in erster Linie darauf beschränkt, eine Personaldebatte rund um den Landesgeschäftsführer des Wiener AMS, Klaus Werner, zu führen.

Die Tatsache, daß die Bundesregierung seit Monaten versucht, mittels beinahe allwöchentlicher Ankündigungen diverser Aktionsprogramme, der Glättung von Arbeitslosenstatistiken sowie einer von den Sachfragen ablenkenden Personaldiskussion, ihre langjährigen Reformversäumnisse zu verschleiern, verdient eine eingehendere Betrachtung. Besonders signifikant schlägt sich dieses Versagen der Regierungspolitik in der mangelnden Aussagekraft der veröffentlichten statistischen Daten zur Arbeitslosigkeit nieder.

- Versteckte Arbeitslosigkeit: Ziemlich unbemerkt ist der Bericht der EU - Kommission über "Unterbeschäftigung in der Europäischen Union 1997" geblieben. Dort kommt die Kommission zu dem Schluß, daß die Arbeitslosenrate in Österreich statt 7,1%

mindestens 10,3%, wenn nicht gar 10,8% beträgt. Hierin sind jedoch nicht einfach die (1997) 206.000 Frühpensionisten enthalten, sondern (alle Zahlen aus 1997):

Lehrstellensuchende:	5.855
SchulungsteilnehmerInnen	22.211
Karenzgeldbezieherinnen ohne bestehendes Arbeitsverhältnis	36.236
Sondernotstandshilfe	9.292
Pensionsvorschuß	13.538
Sonderunterstützung	9.057
Vorzeitiger Ruhestand wegen Arbeitslosigkeit	21.014

Gesamt	117.248 = 10,3%

Rechnete man die sogenannten Entmutigten (19.533) hinzu, käme man auf eine Quote von 10,8% Wie gesagt, sind die Frühpensionisten aufgrund ausreichender Versicherungszeiten hier nicht zugezählt.

- Ein weiterer Beleg ist darin zu erblicken, daß bisher die Fähigkeit zur Erreichung des Zieles "Arbeitslose in Arbeit zu bringen". ohne Differenzierung nach dem Kriterium einer Wiedereinstellungszusage anlässlich der Beendigung eines zuletzt innegehabten Arbeitsverhältnisses (Saisonbeschäftigte) oder einer fehlenden derartigen Zusage vorgenommen wurde. Dies hat zu nicht unwesentlichen Verzerrungen bei der Erfolgskontrolle sowie zu Fehlinterpretationen bei der strukturellen Qualitätsanalyse geführt, ein Faktum, das nicht zuletzt durch die „Fokus“ - Studie aufgezeigt wurde. Verzichtet man bei der Messung der genannten Zielerreichung darauf, auch Saisoniers (mit Wiedereinstellungszusage) als durch AMS - Vermittlungstätigkeit Wiederbeschäftigte mitzurechnen, wird das Ranking der einzelnen Bundesländer und damit auch der Landesgeschäftstellen des AMS geradezu auf den Kopf gestellt. Es darf zweifelsfrei angenommen werden, daß dieses Faktum den Beamtinnen des BMAGS kraft eigener Expertise bekannt war und ist, daß
 - Schlußlichter die Bundesländer Tirol und Burgenland sind und
 - Nur Vorarlberg und Wien über dem Bundesschnitt liegen.

Im Sommer 1998 wurden dem Liberalen Forum erstmals Pläne des AMS Wien bekannt, angeblich zur besseren Vermittlungstätigkeit Langzeitarbeitsloser Psychoscreenings an einem privaten Testinstitut durchführen zu lassen. Die daraufhin ausgelöste Protestwelle führte einerseits zur vorübergehenden Einstellung bereits laufender Psychotests durch das Rote Kreuz, andererseits zur ersten Ankündigung von Sozialministerin Lore Hostasch,

angesichts der katastrophalen Entwicklung auf dem Wiener Arbeitsmarkt, den Leiter des AMS Wien durch AMS - Bundesgeschäftsführer Herbert Buchinger zu ersetzen.

Die allseits geäußerte Kritik an der Wiener Arbeitsmarktsituation betraf in erster Linie die hohe Zahl an Langzeitarbeitslosen, die weit über dem Bundesdurchschnitt liegt. So haben in Wien die Aufwendungen für Notstandshilfe - BezieherInnen (= überwiegend Langzeitarbeitslose) bereits 1996 die Aufwendungen für Arbeitslosengeld - BezieherInnen (= Kurzzeitarbeitslose) deutlich überschritten.

Betrachtet man den Bundestrend, so zeigt sich eine ähnliche, wenngleich etwas verspätet eintretende Entwicklung: Hat die Zahl der Notstandshilfe - BezieherInnen bis 1994 weit weniger als die Hälfte ausgemacht (1990: 44.118 NH - BezieherInnen: 97.912 AL - Geld - BezieherInnen), so dürfte sich heuer deren Zahl beinahe angleichen: Die letzten verfügbaren Zahlen (Oktober 1998) zeigen, daß zu diesem Zeitpunkt 106.369 BezieherInnen von Arbeitslosengeld bereits 91.471 Notstandshilfe - BezieherInnen gegenüber standen.

Es ist leider schon beinahe überflüssig festzustellen, daß von der negativen Entwicklung überwiegend Frauen betroffen sind: So lag der Zuwachs bei den Frauen - Arbeitslosenraten kontinuierlich zwischen zwei und drei Prozent über dem der Männer; Frauen weisen außerdem eine um ein Drittel längere Arbeitslosigkeitsdauer auf. Verschlechtert werden die schwierigen Bedingungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt durch die rückwärtsgewandte Politik der ÖVP - Konservativen, die unter dem Deckmantel „Karenzgeld für alle“ in Wirklichkeit Frauen aus dem Arbeitsmarkt möglichst eliminieren wollen - eine Politik, die in ihrer Unaufrichtigkeit nur noch von den sogenannten Beschäftigungsprogrammen des Bundeskanzlers und seiner Sozialministerin übertroffen wird.

Der rapide Anstieg der Langzeitarbeitslosen binnen weniger Jahre um mehr als hundert Prozent beweist vor allem, daß weder Regierung noch AMS imstande sind, das Phänomen steigender und bleibender (dauerhafter) Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. Dabei manifestiert sich das Versäumnis der Regierung unter dem „Beschäftigungskanzler“ Viktor Klima in zwei Schwerpunkten: im Versagen bei einer Reform des AMS sowie in jenen, nurmehr als virtuell zu bezeichnenden "beschäftigungspolitischen" Maßnahmen, wie sie zuletzt im Ausseer Punkteprogramm erneut vorgeführt wurden.

1. Untätigkeit bei der Reform des AMS:

Im Jahre 1994 wurde die damalige Arbeitsmarktverwaltung in Arbeitsmarktservice umbenannt und als solches aus der unmittelbaren Verwaltung des Arbeits- und Sozialministeriums ausgegliedert. An die Stelle der Ministerialbürokratie trat eine ausgeklügelte sozialpartnerschaftlich besetzte Verwaltungseinheit, in der sich heute der Proporz bis in die kleinsten regionalen Geschäftsstellen hinunterzieht. Die Kompetenz der zuständigen Bundesministerin Lore Hostasch beschränkt sich ausschließlich auf ihre Tätigkeit als Aufsichtsbehörde, was bedeutet, daß das AMS in den Händen von demokratisch nicht legitimierten Kammer- und Gewerkschaftsfunktionären ruht und weitgehend der parlamentarischen Kontrolle durch den Nationalrat entzogen ist.

Dies meint auch der Bericht der schweizerischen Consultinggruppe "Fokus", wenn er lapidar feststellt, daß das AMS "nach wie vor stark dem politischen Einfluß unterliegt" („Management Summary (1)“). Im folgenden werden in der Analyse grob die folgenden "nachhaltigen Schwächen" skizziert:

- Ineffiziente Doppelgleisigkeiten zwischen AMS - Bundes - und Landesebene
- Projekt - und Themenduplizität: Statt Konzentration auf das Beratungs- und Vermittlungsservice werden gleichartige Themen von unterschiedlichen Stellen gleichzeitig behandelt.
- Überdimensionierung und Bindung der personellen Kapazität bei Steuerungsaufgaben
- Fehlende Koordination bei der Umsetzung der Projekte
- Auftretende Über- und Unterkapazitäten vor Ort aufgrund des Fehlens eines dynamischen Verteilungsschlüssels
- Geringer "Wertschöpfungsanteil": nur 47% der Arbeitszeit der Berater werden für den Kundenkontakt aufgewandt, überhaupt nur 10% der Arbeitszeit, und damit bloß 15 - 30 Minuten pro Fall, gehen in die direkte Beratung.
- Die schlechte Organisationsstruktur bindet zusätzlich Zeit für Abstimmungsnotwendigkeiten, hinzu kommt eine mangelhaft ausgerüstete EDV.
- Die BeraterInnen sind für die Anforderungen durch ihr Jobprofil nicht ausreichend qualifiziert, es gibt keine Qualitäts- und Betreuungsstandards für die unterschiedlichen Zielgruppen unter den Arbeitssuchenden.

"Der größte Hebel liegt (...) In der Lösung der Schnittstellenprobleme" - damit meint die Studie das im AMS nicht gelöste aufbau- und ablauforganisatorische Problem der kaum vernetzten Sparten für Arbeitssuchende, für die Auszahlung der Versicherungsleistungen

sowie für die Beratungsstelle von Unternehmen - Sparten, die überdies häufig disloziert an unterschiedlichen Orten bestehen.

Für Arbeitsuchende nimmt das AMS zwei unterschiedliche und nach Meinung der Liberalen unvereinbare Aufgaben wahr: die Stellenvermittlung einerseits sowie die Auszahlung der Versicherungsleistung andererseits, was AMS - Chef Herbert Buchinger einmal mit dem "Kampf" umschrieb, "auf der einen Seite die helfende und auf der anderen Seite die strafende Hand zu sein (vgl. Kurier, 5.9.1998). In seiner Vermittlungstätigkeit tritt das AMS jedoch quasi als Monopol auf, was mittlerweile sogar beim Generalsekretär der Wirtschaftskammer Stummvoll die Erkenntnis reifen ließ, die starren Strukturen und Barrieren für private Arbeitsvermittler seien aus dem Weg zu räumen (vgl. SN 11.2.1999). Eine überbürokratische und wettbewerbsverhindernde Gesetzeslage macht es derzeit nämlich unmöglich, daß private Arbeitsvermittler im größeren Rahmen ihre Dienste anbieten können.

Der Sonderfall AMS Wien

Die Partikularinteressen der einzelnen Fachgewerkschaften (Angestellte, Bau - Holz, Bekleidung, Lebensmittel u.a.) haben bisher verhindert, daß in Wien - im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern - die branchenspezifischen Facharbeitsämter in regionalisierte Geschäftsstellen umgewandelt worden wären. Dies führt dazu, daß Arbeitsuchende in Wien häufig aufgrund von Kompetenzunklarheiten sowie Zuordnungsschwierigkeiten zwischen den verschiedenen Facharbeitsämtern mehrmals hin und her geschickt werden.

Bemerkenswerterweise hatte der Wiener AMS - Chef Werner bereits 1996 eine "Langfristige Standort- und Organisationsplanung" für das AMS Wien vorgelegt, welche eine endgültige Auflösung der branchenspezifischen Arbeitsämter und deren Regionalisierung vorsieht: Für alle Geschäftsstellen ist in dem Papier ein "integriertes Leistungsangebot" vorgesehen, das heißt Arbeitsvermittlung, Auszahlung der Versicherungsleistung und Unternehmensservice an einer Stelle. Aufgrund massiver Proteste der Fachgewerkschaften, die um den drohenden Verlust ihres Einflusses wußten, verschwand dieses Konzept in den Schubladen. Zugleich erzeugte dieses Reformpapier einen Konflikt zwischen Landesgeschäftsführung Wien und den im entscheidenden Landesdirektorium sitzenden Gewerkschaftsfunktionären, - eine Machtprobe, von der das oberste AMS - Gremium, der Verwaltungsrat, und selbstverständlich auch die Bundesministerin als oberstes Aufsichtsorgan Bescheid wissen mußten.

Während dem zuständigen Sozialressort die Fachgewerkschaften als blockierende Hauptakteure für eine Reorganisation des AMS Wien bekannt waren, äußerte die Sozialministerin im August 1998 öffentlich ihr Vorhaben, den Landesgeschäftsführer Klaus Werner durch den Bundesgeschäftsführer Herbert Buchinger zu ersetzen, ein Ansinnen, das nicht anders zu interpretieren ist, als den Fachgewerkschaften den Rücken zu stärken und die wahren strukturellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu verschleiern und deren Heilung zu verhindern. Noch deutlicher äußerte sich zuletzt der Wiener Bürgermeister Michael Häupl, der noch nach der Bestätigung Werners in seinem Amt am 16.2.1999, auf dessen sofortige Absetzung drängte (APA, 18.2.1999). Abgesehen von den unsachlichen und fehlinformierten Äußerungen des ÖVP - Klubobmanns Andreas Khol erweisen sich die SozialdemokratInnen mit ihrem Kniefall vor den Gewerkschaften erneut als die eigentlichen Bremser für eine Reform der Arbeitsmarktpolitik.

Wie wenig die Gewerkschaftsfunktionäre tatsächlich bereit sind, eine Reorganisation des AMS Wien mitzutragen, zeigt sich in einem gemeinsamen internen Schreiben von ÖGB und Arbeiterkammer vom 29.1.1999, in welchem sich die Arbeitnehmervertreter im AMS Wien ausdrücklich vom Reformkonzept der Landesgeschäftsführung distanzieren und die Beibehaltung der Fachstruktur einfordern. Damit ist ernsthaft zu befürchten, daß es erst recht wieder zu keiner Strukturreform des AMS Wien kommen wird. Dies macht nach Ansicht der unterfertigten liberalen Abgeordneten den Erklärungsbedarf seitens der Sozialministerin dringlich.

2. Die virtuelle Beschäftigungspolitik der Bundesregierung

“Ich will Beschäftigungskanzler sein”. Mit diesen Worten charakterisierte sich Viktor Klima am 1. Mai 1998, dem Tag der Arbeit, vor dem Wiener Rathaus. Die darauffolgenden Monate waren jedoch vor allem durch bloße Beschäftigungs - Ankündigungen gekennzeichnet. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang

- der fehlgeschlagene Aktionismus der Bundesregierung in der Europäischen Beschäftigungspotitik während der Zeit der österreichischen Ratspräsidentschaft,
- die Kurzzeitmaßnahmen im Bereich Lehrlingsbeschäftigung sowie
- die zuletzt angekündigten Programme im Gefolge der Regierungsklausur in Bad Aussee.

Der Nationale Aktionsplan und die EU - Ratspräsidentschaft

Vor Beginn der österreichischen Ratspräsidentschaft hatte der Bundeskanzler noch erklärt, das vordringlichste Ziel seines Vorsitzes wäre die Beschäftigungspolitik sowie die Evaluierung der NAP's der einzelnen Mitgliedsländer. Noch knapp vor Beginn des Wiener Gipfels hatte die Bundesregierung einen vergeblichen Versuch unternommen, einige wenige Impulse für die Beschäftigungs - Leitlinien 1999 zu setzen. Zur großen Verwunderung vieler, aber ohne das Scheitern einzugestehen, blieb das Ergebnis des Gipfels dann alles schuldig, was über ein halbes Jahr lang vom Bundeskanzler versprochen worden war:

- Weder gibt es neue "Beschäftigungspolitische Leitlinien 1999" - sondern die alten von 1998 wurden verlängert,
- noch wurden die NAP's der Mitgliedsländer evaluiert. Die Behandlung des diesbezüglichen Berichts der Kommission wurde vielmehr auf Herbst 1999 verschoben, vielleicht auch deshalb, weil die Kommission selbst Bedenken an der Aussagekraft des Berichtes geäußert hatte, da die darin enthaltenen Daten und Statistiken nicht harmonisiert waren und eine Aussagekraft daher kaum gegeben war.
- Nichts hatte der vor einem Jahr erstellte österreichische NAP ausgesagt über den dafür notwendigen Weg, nichts über die Zielvorgaben oder die Kosten, außer der Ankündigung, 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze bis 2001 zu schaffen: Peinlicherweise aber hatte das WIFO zu Jahresanfang 1998 - Monate vor dem NAP - eine Studie mit dem Titel "Szenario für das Jahr 2001" verfaßt, in welcher die Autoren aufgrund der zu erwartenden Wirtschaftsentwicklung von 100.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen für denselben Zeitraum ausgegangen waren - ohne die zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht definierten "Maßnahmen" des NAP berücksichtigen zu können.
- Der NAP hat auch nichts an der Tatsache geändert, daß Österreich unter den EU - Ländern eines der Schlußlichter ist, was die Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik betrifft: Nicht einmal 0,5% des BIP werden für diese Aufgabe aufgewandt, die außerdem nur knapp 10% aller Arbeitslosen überhaupt zugute kommt (Deutschland: 1,5% des BIP).
- Keine konkreten Pläne finden sich im NAP für eine größere Flexibilität der Arbeitsorganisation, durch Entbürokratisierung gerade bei Klein- und Mittelbetrieben oder durch die Förderung von Investitionen mit privatem Kapital und Wettbewerb - alles Vorhaben, die sich andererseits in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 29. Jänner 1997 durchaus finden.
 - Der Anteil der Selbständigen bleibt mit nur 6,6% (EU - Durchschnitt 12,7%) der niedrigste in der EU,
 - die Frauenbeschäftigungsquote stagniert auf ihrem niedrigen Niveau (bei rund 61%),

- die Arbeitslosenrate von Frauen ist wesentlich höher als jene der Männer und im Gegensatz zu diesen gestiegen (7,5% gegenüber 6,9%),
- Frauen sind länger und in jüngeren Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen.

Der fromme Wunsch der Bundesregierung im NAP, die Arbeitslosenrate (derzeit 4,5% bzw. 7,2%) auf 3,5% bis 2001 zu senken, wurde von Experten wie Karl Pichelmann vom IHS "mit dem Ziel eines Achtjährigen verglichen, der sagt, er möchte Olympiasieger werden".

Lehrlingsbeschäftigung:

Im nachhinein machte die Regierung "**zusätzliche**" 1,8 Mrd S für die Lehrlings - Auffangnetze locker (Klima: "Nationale Kraftanstrengung"), allerdings **auf Kosten** vieler Maßnahmen im Bereich **arbeitsloser Frauen oder Langzeitarbeitsloser**, deren Programme vielfach flächendeckend eingestellt wurden. Insgesamt hatte die "Nationale Kraftanstrengung Lehrlingsoffensive" zur Folge, daß dem AMS bereits im März des Vorjahres die Luft ausging. Nicht zuletzt wegen der zweckentfremdeten (bereits ATS 7 Mrd.) Milliarden, die jährlich an die Pensionskassen überwiesen werden, aber auch wegen der für die Lehrlingsförderung "abgezweigten" Mittel war in fast allen Bundesländern bereits das gesamte Budget vorzeitig erschöpft. Durch diese Maßnahmen (Lehrgänge und Lehrlingsstiftungen) konnte die Zahl der Lehrstellensuchenden zwar auf derzeit rund 2.600 Personen gedrückt werden. Keinerlei Überlegungen wurden aber seitens der Koalition angestellt, was nach Auslaufen dieser (Not-)Programme in zwei Jahren mit jenen Lehrlingen passiert, die aus den vorübergehend eingerichteten Lehrgängen ausscheiden, ohne inzwischen eine geeignete Lehrstelle gefunden zu haben, ganz zu schweigen von den Neuzugängen, die alljährlich den Lehrstellenmarkt betreten.

Bad Ausseer Regierungsklausur

Im Ausseer Papier finden sich unter den knapp hundert Vorhaben, deren Umsetzung die Regierung für die Zeit noch vor den Wahlen ankündigte, 20 Punkte unter dem Titel "Arbeitslosigkeit bekämpfen". Damit soll - nachdem 1998 den "Jungen" gegolten hatte - der Wunsch des Beschäftigungskanzlers erfüllt werden, nunmehr das Jahr 1999 den älteren Arbeitslosen zu widmen. Obwohl der Bundeskanzler nach eigenen Aussagen nicht "saldenfixiert, sondern auf Menschen fixiert" ist, seien zwei Prognose - Zahlen des WIFO für das Jahr 1999 vorausgeschickt:

BIP - Wachstumsrate: 2,3% (wurde bereits nach unten revidiert)

Arbeitslosenquote: 7,1% (wurde im Dezember nach oben revidiert)

Namhafte Experten wie Norbert Geldner vom WIFO werden daher nicht müde zu betonen, daß *die Entscheidung über die Entwicklung des Arbeitsmarkts außerhalb des Gestaltungsbereichs der Arbeitsmarktpolitik fällt*. Trotz der günstigen Entwicklung beim Beschäftigungszuwachs wird demnach die Arbeitslosigkeit auch 1999 nicht zurückgehen. Da der Trend zu unkonventionellen Dienstverhältnissen anhalten wird (Geldner), wird es zusätzlicher Flexibilisierung und einer grundlegenden Anpassung des Sozialsystems bedürfen, statt neuer Regulierungen, wie von der Regierung in Aussee beabsichtigt:

- **Come back** - Das Ausmaß der Zahlung von Lohnsubventionen an Betriebe wird erhöht: Dieses Programm verbraucht enorm hohe Zuwendungen aus der ausschließlich lohnnebenkostenfinanzierten Arbeitslosenversicherung und überläßt die vorübergehend Beschäftigten nach Ablauf der Sonderaktion einer ungewissen Zukunft.
- Ähnliches gilt für die "Neuerfindung" der alten Dallingner - "Aktion 8000" (damals für die Integration 8.000 Beschäftigungsloser in den Arbeitsmarkt eingerichtet) durch Ministerin Hostasch - nimmt sich als - Aktion 800" allerdings wesentlich bescheidener aus, bekam dafür allerdings den klingenden Namen **NEW START** verpaßt.

- **"Job - Coaching - Programm"** für 40.000 „Kurzeitarbeitslose“, auch das **"Klima - Zusatzprogramm"** genannt:

Eine Variation des "Trick 17" des oberösterreichischen AMS - Landesgeschäftsführers Roman Obrovski, der damit zum Musterschüler bei der Senkung der Zahl der in der Statistik ausgewiesenen Langzeitarbeitslosen avancierte. Obrovski verkürzte die Mindestdauer der Schulungsmaßnahmen auf 29 Tage: Dadurch lassen sich einerseits mehr Beschäftigungslose in Maßnahmen unterbringen (statistische Schönung der Arbeitslosendaten), andererseits wird nach 29 Tagen "in einer Maßnahme" jeder Arbeitslose als Neuzugang gezählt, wodurch in Oberösterreich die Langzeitarbeitslosen - Rate "erfolgreich" gedrückt werden konnte.

Das "neue" Job - Coaching - Programm fügt sich nahtlos an die Klima - Ankündigung von der Verdoppelung der KursteilnehmerInnen an (siehe "Trick 17") und stellt zugleich den sozialdemokratischen Kotau vor der vom Bürgerblock rund um Andreas Khol und Jörg Haider stets beargwöhnten "Sozialen Hängematte" dar: Diese Schulungen (350 Mb S jährlich) werden verpflichtend sein - eine Ankündigung, die angesichts der unrealistischen Größe von 40.000 Personen (derzeit sind bundesweit pro Jahr 20.000 Menschen in Schulung) bei den Verantwortlichen im AMS bloß Kopfschütteln auslöst. Immerhin hat der Bschäftigungskanzler damit einen weiteren Nachweis erbracht, daß er nicht zahlenfixiert ist.

- Frauen: Beihilfen zur Kinderbetreuung wurden angekündigt, um die Wiedereingliederung zu erleichtern. Derzeit stellt das AMS für die von der Sozialministerin so propagierte

(aber kaum rezipierte) "Bildungskarenz" jedoch keinerlei Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung - einer der vielen Gründe, weshalb die Regierungsmaßnahmen zur freiwilligen Arbeitszeitreduzierung nicht gegriffen haben.

- Andere Vorhaben wie der "Pakt für ältere Arbeitnehmer" (geförderte Teilzeitarbeit bei Aufrechterhaltung des vollen Abfertigungsanspruchs) oder der leichtere Zugang in die Gleitpension zeichnen sich rundweg dadurch aus, daß kein struktureller Reformgehalt zu erkennen ist. Vielmehr werden komplizierte und nutzlose Regelungen (Bonus - Malus - System, Bildungskarenz etc.) weiter verkompliziert, wodurch neben den zusätzlichen Verwaltungskosten in Betrieben und Behörden ein verständliches Arbeits- und Sozialrecht ohnedies längst Schimäre geworden ist.

Anstatt sinnvolle Vorschläge aufzugreifen, wie Arbeitskräfte - Pools nach niederländischem Vorbild gerade für ältere Arbeitnehmer zu schaffen, werden weiterhin öffentliche Budgetmittel für nutzlose Aktionen ausgegeben. Der einzige Erfolg ist die Verschleierung der wahren Arbeitsmarkt - Verhältnisse (nach Berechnung der EU - Kommission 3,2% verdeckte Arbeitslosigkeit), womit sich die SPÖ/ÖVP - Koalition über die Wahlen retten will. Wie wäre es anders zu erklären, daß nicht nur die "nationale Kraftanstrengung Lehrlingsoffensive", sondern auch das "Sonderprogramm zur Absenkung der Arbeitslosigkeit in Wien" eine Laufzeit von Mai bis Oktober 1999 aufweist, mit dem Ziel, die Arbeitslosigkeit um 5.000 Personen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres abzusenken.

Der größte Hemmschuh neben dem aus gewerkschaftlichen Partikularinteressen heraus für Reformen blockierten AMS sind die Sozialversicherungsträger aufgrund der über Jahrzehnte fehlgelaufenen Sozialgesetzgebung durch die regierungsverantwortlichen Parteien SPÖ und ÖVP. Neben politischen Willkürakten wie beispielsweise der Schaffung von bereits fünf verschiedenen Werkvertragsregelungen innerhalb der vergangenen dreieinhalb Jahre sind es wiederum die entgegenlaufenden Machtinteressen in den ausschließlich proporzbesetzten Gremien des Sozialversicherungs - Verbandes, die für den Strukturkonservatismus verantwortlich zeichnen. In dieser Situation verblieb der Verfassungsgerichtshof in jüngster Zeit als einzige Instanz, um den panikartigen und unbedachten Gesetzeswerken der Koalitionsregierung einen Riegel vorzuschieben (Teilaufhebung der Werkvertragsregelung, Aufhebung der Notstandshilfe - Regelung für AusländerInnen - in beiden Fällen sind allerdings neuerliche Verfahren beim VfGH wegen Gleichheits- und Verfassungswidrigkeit anhängig).

In diesem nach Ansicht der liberalen Abgeordneten demokratiepolitisch gefährlichen Spiel mit hohen Erwartungshaltungen in der Bevölkerung hat die Sozialministerin eine

entscheidende Rolle gespielt. Im Gegensatz zu der bisher geschätzten Bemühung Frau Hostaschs, im schwierigen Spagat zwischen sozialpartnerschaftlichen Partikularinteressen und den von wenig sozialer und wirtschaftlicher Kompetenz getragenen Vorschlägen des kleinen Koalitionspartners ÖVP wenigstens einige sinnvolle Akzente zu setzen, hat die Bundesministerin in den vergangenen Monaten versagt, dem populistischen Aktionismus des Bundeskanzlers einen von Kompetenz und Augenmaß getragenen, fachgerechten Widerstand entgegenzusetzen.

Weiters und vielmehr zeigen die Vorgänge rund um die Reorganisation des AMS, insbesondere des Wiener AMS, daß die Bundesministerin im Machtstreit zwischen Strukturreform und gewerkschaftlichen Interessen ihre Funktion als oberstes Ausichtsorgan nicht wahrgenommen hat, wenn nicht sogar der Blockade seitens der Fachgewerkschaften durch das Anheizen einer Personaldebatte Vorschub geleistet hat. In dieser Situation und angesichts der weiterhin besorgniserregenden Arbeitsmarktbefunde stellen die unterfertigten Abgeordneten daher nachstehende

Dringliche Anfrage

1. Wieweit sehen Sie sich noch imstande, Ihrer Position als oberstes Aufsichtsorgan des AMS gerecht zu werden, nachdem Sie im vergangenen November die Ablöse Klaus Werners durch Herbert Buchinger angekündigt hatten und diese Ankündigung wieder zurücknehmen mußten, nachdem der in Ihrem Ressort angesiedelte Verwaltungsrat "jetzt personellen Veränderungen nicht Vorrang" eingeräumt hatte, und welche Schlüsse ziehen Sie daraus?
2. Wie beurteilen Sie die bisherige Arbeit des Landesgeschäftsführers des AMS Wien beziehungsweise halten Sie diese für geeignet, das zumindest auf dem Papier beschlossene Reorganisationsprogramm für das AMS Wien durchzuführen?
3. Welches Gewicht und welche Bedeutung hat es für Sie als oberstes Aufsichtsorgan des AMS, wenn der Wiener Landeshauptmann die "sofortige Ablösung" des Wiener AMS - Landesgeschäftsführers fordert - zwei Tage nach dessen Bestätigung durch den in Ihrem Ressort angesiedelten Verwaltungsrat?
4. Welches Gewicht und welche Bedeutung hat es für Sie als oberstes Aufsichtsorgan des AMS und als Regierungsmitglied, wenn ihr Regierungskollege Wolfgang Schüssel das AMS als "Altorganisation" bezeichnet, der Klubobmann Ihres Koalitionspartners Andreas Khol das AMS als "Spielball sozialistischer und gewerkschaftlicher Interessen" charakterisiert und Sie auffordert, "Ordnung zu schaffen"? Teilen Sie die Ansicht Khols, daß im Wiener AMS "arbeitsunfähige und -unwillige Langzeitarbeitslose" vorsätzlich im Versichertenkreis der Notstandshilfe - BezieherInnen gehalten würden?
5. Wie stehen Sie zu den oftmals geäußerten Überlegungen des Liberalen Forums nach einer Ausgliederung der Notstandshilfe aus der Arbeitslosenversicherung und deren Umwandlung in eine grundsicherungsförmige "Bundessozialhilfe", - durchaus ergänzt durch die bestehenden Landessozialhilfen?
6. Laut Beschlußantrag für die Reform des AMS Wien, eingebracht in der Landesdirektoriumssitzung am 26. Jänner 1999, stellt die Dezentralisierung des AMS nur einen ersten Schritt zur Kundenorientierung des AMS dar. Weshalb wurden derartige

Maßnahmen nicht schon früher gesetzt, nachdem eine Reihe von Vorschlägen aus Ihrem Hause und dem AMS bereits vorgelegen sind?

7. Wie stehen Sie in diesem vorgenannten Zusammenhang (Frage 6) zum Konzept Klaus Werners Langfristige Standort- und Organisationsplanung" vom August 1996 sowie zu dessen Analyse- und Konzeptbericht von 1998, welche sämtlich seitens Ihrer KollegInnen aus der Gewerkschaft abgelehnt worden waren?
8. Die Ergebnisse aus der Analyse von "Fokus" decken sich mit der im März 1998 im AMS Wien präsentierten Schnittstellenanalyse sowie einem neuerlichen, im Mai 1998 vorgelegten Reorganisationskonzept. Vor zwei Tagen hatten Sie indes noch im "Kurier" geäußert, Sie hätten die Schweizer Studie noch nicht gelesen, obwohl der 186 - seitige Zwischenbericht das Datum 21. Dezember 1998 trägt. Ist Ihnen die „Fokus“ - BVS - Analyse mittlerweile bekannt? Wenn ja, seit wann (Datum und Kalenderwoche) und wie beurteilen Sie diese und welche Schlußfolgerungen für Ihre politische Arbeit ziehen Sie daraus?
9. Sind Sie für eine Beibehaltung der "Positiven Elemente der Fachstruktur", also der Facharbeitsämter auch in einem "reformierten" AMS Wien, wie dies die Gewerkschaften und die Arbeiterkammer verlangen? Wenn ja, warum; - und weshalb benötigen die restlichen acht Landes - AMS eine derartige fachgewerkschaftliche Struktur bereits seit über 20 Jahren nicht mehr?
10. Teilen Sie die Meinung der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer, daß Fachstrukturen erforderlich sind, weil "Wien eben anders" sei? Wie beurteilen Sie in dieser Hinsicht die Aussage der "Fokus" - Analyse: "Wien ist nicht anders, nur größer"?
11. Was sind nach Ihrer Ansicht die Gründe für die jahrelange Verzögerung von Reformmaßnahmen im AMS Wien? Gibt es im Bereich der Bundesgeschäftsstelle ähnliche Vorarbeiten, wie sie bereits seit Jahren in der Landesgeschäftsführung Wien existieren?
12. Wie viele der neun Landesgeschäftsführer (plus dem Bundesgeschäftsführer) sind Mitglieder einer politischen Fraktion innerhalb der Gewerkschaft? Stellt es nach Ihrer Ansicht ein Hindernis für die Fortsetzung einer AMS - Geschäftsführertätigkeit dar, wenn ein Landesgeschäftsführer seine Fraktionsmitgliedschaft zurücklegt?

13. Wie stehen Sie zur Förderung jener ÖVP - nahen Arbeitgebervertreter im AMS, die den im kommenden Jahr frei werdenden Posten des Tiroler Landesgeschäftsführers explizit mit einem Christgewerkschafter bzw. ÖVP - Mitglied besetzen wollen?
14. Der private Arbeitsvermittler "Social Act" gab erst dieser Tage öffentlich bekannt, daß er im Land Vorarlberg bereits seit 1 1/2 Monaten einen Hilfsarbeiter suche (Vorarlberg: 8.285 Arbeitslose, Stand Jänner 99). Bereits seit Jahren klagen private Vermittler, daß sie von Informationsflüssen abgeschirmt seien und es keine Kooperation seitens des AMS gebe. Gedenken Sie gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister die bürokratischen Hindernisse für diesen Berufsstand abzubauen (Exklusiv - Gewerbe, Prüfungen beim BMAGS für alle MitarbeiterInnen, Verbot des Arbeitsverleihs etc.) sowie sich beim AMS für eine weitreichende Zusammenarbeit mit den privaten Anbietern einzusetzen?
15. Wie stehen Sie zu den einzelnen Maßnahmen, die der Bundeskanzler in den vergangenen Monaten angekündigt hat:
 - Job - Coaching - Programm (verpflichtende Sofortschulungen für 40.000 Arbeitslose)
 - Verdoppelung der Schulungsmaßnahmen
 - Maßnahmen für ältere Arbeitslose,und halten Sie diese Maßnahmen für realistisch und vom AMS, bzw. Ihrem Ressort leistbar?
16. Wie viele Arbeitslose befinden sich gegenwärtig jeweils nach Bundesland aufgegliedert in Schulungsmaßnahmen, und wie viele dieser Maßnahmen haben eine Laufzeit zwischen 29 und 45 Tagen?
17. In den vergangenen Monaten entstand zunehmend der Eindruck, daß Ankündigungen diverser Beschäftigungsaktionen durch den Bundeskanzler bisweilen unkoordiniert mit Ihrem Ressort und einseitig aus dem Bundeskanzleramt oder überhaupt gleich aus der Feder des Bundesgeschäftsführers der SPÖ Andreas Rudas stammen. Läuft die Informations-, Fakten- und Saldenbeschaffung für das Bundeskanzleramt nach wie vor über Ihr Ressort, oder erfolgt die Konzeption neuer Beschäftigungsprogramme im Bundeskanzleramt weitgehend unabhängig?
18. Bei medialen Auftritten stellen Sie immer wieder die Beschäftigung von Frauen in den Vordergrund. Die "Job - Offensive für Frauen" soll 16.000 Frauen einen Arbeitsplatz aufgrund von AMS - Qualifizierungsmaßnahmen bringen. Nach welchen Kriterien wird die

Umsetzung erfolgen? Welche Zwischenschritte können Sie konkret nennen? In welchem Zeitraum ist mit der Erfüllung der Ankündigung zu rechnen?

19. Neben der Joboffensive für Frauen ist auch die Lehrlingsoffensive eines der Beispiele des Ankündigungspopulismus der Regierung. Insbesondere weibliche Lehrstellensuchende sind von fehlenden strukturellen Weichenstellungen betroffen. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um junge Frauen für nicht - traditionelle Lehrberufe zu motivieren? Welche Unterstützungsmöglichkeiten planen Sie für Betriebe, um auch diese verstärkt nicht nur zu motivieren, sondern auch Schwierigkeiten während der Lehre für beide Beteiligte auszuräumen - der Gleichbehandlungsbericht listet auf, daß in 77 Betrieben interveniert werden mußte - ?
20. Welche Maßnahmen planen Sie, um dem von Wirtschaftsforschungsinstituten aufgezeigten Widerspruch zwischen den Maßnahmen für spezielle Zielgruppen - Lehrlinge, Frauen, ältere Arbeitskräfte - entgegenzuwirken?
21. Frauenprojekte, wie "Mira" oder "Kassandra", klagen über Mittelkürzungen und Streichungen aufgrund des Lehrlingsschwerpunktes der Regierung. Welche frauenpolitischen Gegenstrategien planen Sie in den künftigen Regierungssitzungen durchzusetzen?
22. Mangelnde Qualifikation und fehlende Kinderbetreuung sind die Hauptgründe für Beschäftigungslosigkeit von Frauen, insbesondere für Wiedereinsteigerinnen nach einer Betreuungspause. Die Möglichkeit der Bildungskarenz kann ebenfalls aufgrund fehlender Kinderbetreuungsangebote nicht genutzt werden. Welche Maßnahmen sind seitens Ihres Ressorts vorstellbar, um die Bildungskarenz auch für Frauen mit Betreuungspflichten zu ermöglichen?
23. Gemeinsam mit Ministerin Prammer haben Sie angekündigt, Frauen, die sich selbständig machen wollen, zu unterstützen. Sie haben weiters ein Gründerinnenprogramm des AMS vorgestellt - ein Programm, das jedoch ausschließlich registrierten Arbeitslosen offensteht. Weiters wurde die Einrichtung und der Ausbau von speziellen Gründerinnenberatungsstellen versprochen - statt zusätzliche Beratungsstellen zu schaffen, müssen tatsächlich jedoch die bestehenden um ihr Überleben kämpfen. Welche Schritte planen Sie, um Frauen den Weg in die Selbständigkeit zu ermöglichen?

24. Kurz vor dem Ausseer - Gipfel hatte die SPÖ medial verkündet, Ministerien sollten nur noch Aufträge an Firmen vergeben, die frauenfreundlich und frauenfördernd sind. Nach der Klausur war davon nichts mehr zu hören. Wurde diese Forderung schubladisiert oder ist mit einer modifizierten Fassung zu rechnen?
25. Alle Punkte aus dem sogenannten ‚kleinen Familienpaket‘ - Flexibilisierung der Karenzzeit und der Meldefristen, eigenständiger Anspruch des Vaters, erhöhtes Karenzgeld für Alleinerzieherinnen auch ohne Angabe des Vaters, Teitzeitkarenz - sind bislang nicht verwirklicht. Bis zu welchem Zeitpunkt ist mit der Umsetzung zu rechnen? Werden Sie sich persönlich dafür einsetzen, diese - übrigens bereits von den Liberalen in Antragsform eingebrachten Forderungen auch ohne Mitwirkung des Koalitionspartners noch in dieser Legislaturperiode einzubringen?
26. Wie stehen Sie heute zu Ihrem Vorschlag, berufstätigen Großmüttern und Großvätern die Möglichkeit zu geben, sich zur Betreuung ihrer Enkelkinder drei Monate karenzieren zu lassen? Halten Sie diesen Vorschlag nach wie vor für ein geeignetes Instrument? Für welche Maßnahmen werden Sie persönlich eintreten, damit die Betreuungssituation insbesondere in den Bundesländern durch ein verbessertes und flexibleres Angebot Kinderbetreuungseinrichtungen entschärft wird?
27. Den MitarbeiterInnen des AMS wird von Betroffenen immer wieder vorgeworfen, in frauenspezifischen Anliegen nicht ausreichend geschult zu sein. Sehen Sie ebenfalls die dringende Notwendigkeit für eine Qualifikationssteigerung im Bereich Beratung für Arbeitsuchende durch BeraterInnen - Schulungen des AMS?
28. Die mit der Durchführung von psychologischen und fachlichen Tests beauftragte Firma Ratio GmbH hat trotz heftiger Proteste, die auch Gegenstand einer parlamentarischen Initiative des Liberalen Forum waren, am 1.1.1999 den Betrieb ihres Testinstituts aufgenommen. Laut Ihren eigenen Aussagen wurde der psychologische Teil jedoch bis zur Zustimmung der Datenschutzkommission sistiert.
- Sind die psychologischen Testungen nach wie vor sistiert oder ist eine derartige Zustimmung mittlerweile erfolgt bzw. hat die Datenschutzkommission hinsichtlich der Psycho - Tests Bedenken geäußert - wenn ja, wie lauten diese?
 - Sie selbst haben derartige psychologische Testungen als nützlich bezeichnet (vgl. 4619/AB). Sollte eine Zustimmung der Datenschutzkommission noch nicht erfolgt sein, kann die Firma Ratio seit nunmehr zwei Monaten einen guten Teil der an sie gestellten Aufgaben nicht erfüllen.

- i) Wieviele Testungen wurden seit dem 1.1.1999 von der Firma Ratio durchgeführt?
 - ii) Wie beurteilen Sie den Nutzen dieser Tests, sofern der psychologische Teil nach wie vor nicht durchgeführt werden sollte?
 - iii) Bleibt der finanzielle Gesamtaufwand an das Testinstitut unverändert mit ATS 14,154.000,- (EUR 1,028.611,-) budgetiert?
29. Angesichts einer allgemein geforderten Transparenz der Arbeitsmarktdaten: Wie erklären Sie trotz der Möglichkeiten elektronischer Erfassung den Umstand, daß in den AMS - Arbeitsmarktdaten vom Jänner 1999 zwar eine aktuelle Zahl der gemeldeten Arbeitslosen vorliegt (300.612), allerdings im selben Bericht alle wesentlichen Daten über die Zahl der Leistungsbezieher vom Oktober des Vorjahres stammen (197.840)?

In formaler Hinsicht wird vor Eingang in die Tagesordnung die Durchführung der Debatte zum frühestmöglichen Zeitpunkt verlangt.